

# Klare Haltung zur Wehrpflicht

Autor(en): **Müller, Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **40 (2013)**

Heft 5

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911105>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Klare Haltung zur Wehrpflicht

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) hat mit ihrem Anliegen eines freiwilligen Militärdienstes am 22. September an der Urne deutlich Schiffbruch erlitten.

Von Jürg Müller

Zu teuer und zu gross: Mit diesen Argumenten zog die GSoA in den Abstimmungskampf für die Aufhebung der Wehrpflicht. Das Resultat fiel mit einem Neinstimmen-Anteil von über 73 Prozent unmissverständlich klar aus. Dies obschon vereinzelt auch bürgerlich-liberale Exponenten Verständnis für das Anliegen zeigten: Der Freiburger Wirtschaftspräsident Reiner Eichenberger zum Beispiel sagt, die allgemeine Wehrpflicht werde militärisch und wirtschaftlich immer unsinniger, da die Armee ihre Bestände in den letzten Jahren stark reduziert habe; zudem sei die Freiwilligenmiliz eine «urliberale Idee».

Bei den Auslandschweizern lag der Neinstimmen-Anteil gut 9 % tiefer als im Schweizer Durchschnitt. Dies zeigen die Auswertungen aus jenen neun Kantonen, welche die Stimmen aus dem Ausland separat ausweisen.

Die Gegner der Volksinitiative kämpften vor allem mit dem Argument, mit der Aufhebung der Wehrpflicht stehe die Sicherheit des

Landes auf dem Spiel. Auch bei Natur- und Zivilisationskatastrophen sei ein rascher Einsatz einer grossen Zahl von Soldaten entscheidend. Zudem sei das Milizprinzip in der Schweiz in allen Gesellschaftsbereichen tief verankert. Die Wehrpflicht erlaube es, das grosse Reservoir der zivilen Fähigkeiten der Armeegehörigen optimal zu nutzen.

Bemerkenswert ist, dass der Abstimmungskampf sehr flau verlief. Ganz offensichtlich ist der Blick auf die Armee nüchterner geworden. Auch wenn Armeefragen nicht mehr wie früher stark emotional angegangen werden, zeigt das Abstimmungsergebnis, dass Militär, Wehrpflicht und Milizgedanke in der Schweiz immer noch stark verankert sind. Zudem steht sich die «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» gewissermassen selbst vor der Sonne: Sie wird mit ihrem programmatischen Namen auch von vielen, die einzelne ihrer Anliegen teilen, nicht als glaubwürdige sicherheitspolitische Organisation wahrgenommen.

Und vor allem hat ein Argument für die allgemeine Wehrpflicht auch bei vielen Linken verfangen: dass eine Freiwilligenarmee zu attraktiv für Abenteuer, Rambos und Rechts-extreme werden könnte.

### Ja zu Epidemienengesetz und Tankstellenshops

Mit 60 Prozent Ja haben die Stimmenden dem neuen Epidemienengesetz zugestimmt. Es regelt die Zuständigkeiten von Bund und Kantonen klarer und bietet einen besseren Schutz vor übertragbaren Krankheiten. Impfkritische Kreise haben das Referendum dagegen ergriffen. Mit ihrem Referendum gescheitert sind auch die Gegner einer Liberalisierung der Öffnungszeiten bei Tankstellenshops. Mit knapp 56 Prozent Ja ist das Arbeitsgesetz entsprechend geändert worden. Damit dürfen Tankstellenshops an Autobahnen künftig das gesamte Sortiment während der ganzen Nacht anbieten.

## WEITERE ABSTIMMUNGSVORLAGEN VOM 24. NOVEMBER 2013

### Familien entlasten

«Familie» hat einen guten Klang. Die Keimzelle der Gesellschaft gilt als häufig gefährdeter, immer aber schutzwürdiger Hort der Geborgenheit und der Harmonie. Kein Wunder, dass sich auch die Politik der Familie annimmt, gegenwärtig besonders intensiv. Zwar scheiterte ein Familienartikel, der die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern sollte, im März dieses Jahres am Ständemehr. Doch nun rollt eine wahre Lawine von Familieninitiativen verschiedener Parteien auf das Stimmvolk zu: Als erste kommt am 24. November die Familieninitiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP) an die Urne.

Von familiärer Harmonie ist auf politischer Ebene derzeit nicht viel zu spüren. Hier geht es meist um harte Auseinandersetzungen über sehr unterschiedliche gesellschaftspolitische Vorstellungen: Wie viel Selbstverantwortung und wie viel Staat ist bei der Kinderbetreuung richtig? Wer soll in erster Linie von Krippenplätzen profitieren? Darf die Politik direkt oder indirekt die Berufstätigkeit von Frauen fördern?

Diese Fragen stehen auch im Zentrum der SVP-Initiative mit dem Titel «Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen». In der Verfassung soll verankert werden, dass selbstbetreuende Eltern mindestens einen gleich hohen Steuerabzug machen können wie Eltern, die ihre Kinder in eine externe Institution geben. Seit 2011 können die Kosten für Fremdbetreuung bei den Steuern abgezogen werden. Die SVP will nun eine steuer-

liche Entlastung für alle Familien mit Kindern, keine Diskriminierung von Familien, die ihre Kinder selber betreuen, sowie echte Wahlfreiheit und Selbstbestimmung von Familien bei der Kindererziehung.

Die Gegner der Initiative finden, damit werde das Prinzip der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verletzt, weil Haushalte schlechter gestellt würden, die die Kinder ausser Haus betreuen lassen – oft müssen. Das Modell der SVP fördere via Steuerrecht traditionelle Familienmodelle: Der Vater arbeitet, die Mutter ist zu Hause. Zudem sind massive Steuerzufälle zu befürchten.

### Teurere Autobahnvignette

Weiter wird am 24. November über die Erhöhung der Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken abgestimmt. Ein rechtsbürgerliches Komitee hat gegen den Bundesbeschluss das Referendum ergriffen, weil es sich gegen «immer mehr Abgaben, Gebühren und Steuern auf dem Buckel des Privatverkehrs» wehrt. Auch der linke Verkehrsclub der Schweiz (VCS) ist gegen die Erhöhung: Das zusätzliche Geld werde nur für den Bau neuer Nationalstrassen eingesetzt, das sei gegen das Ziel einer umweltgerechten Mobilität. Bundesrat und Parlament begründen die Erhöhung mit dem Mittelbedarf für Betrieb, Unterhalt und Ausbau des Nationalstrassennetzes. Der Vignettenpreis ist immer noch gleich hoch wie vor 20 Jahren, er wurde nie der Teuerung angepasst.